



Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch, Union of Concerned Scientists (USA), Réseau Action Climat (Frankreich), E3G (Großbritannien), Kiko Network...

Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch, Union of Concerned Scientists (USA), Réseau Action Climat (Frankreich), E3G (Großbritannien), Kiko Network (Japan), Environmental Defence Canada und Legambiente (Italien)
G7 kann Vertrauen in globale Energiewende stärken
Gemeinsamer Appell von Umweltorganisationen aus allen G7-Staaten
Kurz vor Beginn des G7-Gipfels in Elmau fordern Umweltorganisationen aus allen Mitgliedsstaaten von den sieben Staats- und Regierungschefs ein starkes Signal für die Beendigung des fossilen Zeitalters. Die sieben Organisationen erinnern an die globale Verantwortung der G7-Staaten, als größte Industrienationen beim Kampf gegen den Klimawandel voranzugehen. Zentral sei eine schnelle Dekarbonisierung ihrer Volkswirtschaften und Unterstützung für die ärmsten Länder beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel. Mit eigenen ambitionierten Klimazielen könnten die G7-Staaten zudem helfen, den Weg zu einem erfolgreichen Weltklimaabkommen in Paris Ende des Jahres zu ebnen.
Die G7 sollte ein starkes Signal an Investoren setzen, dass das fossile Zeitalter dem Ende entgegengeht", sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. "Angela Merkel hat das Ziel der Dekarbonisierung auf die Agenda der G7 gesetzt. Aber sie kann dabei nur glaubwürdig sein, wenn sie zu Hause alles tut, um das deutsche Klimaziel für 2020 zu erreichen. Das erfordert einen deutlichen Rückgang der Kohleverstromung."
Die Klimawissenschaft hat gezeigt, dass sich ein unkontrollierbarer Klimawandel nur mit einem vollständigen weltweiten Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien vermeiden lässt. Dieses Ziel werde bereits von einer Reihe von Unternehmen, Wissenschaftlern und Regierungen unterstützt. Es sei nun höchste Zeit für die G7, mit einem starken Signal diesen Trend zu verstärken und sich zum Ausstieg aus den fossilen Energien bis 2050 zu verpflichten. Die sieben Organisationen fordern die G7-Staaten auf, den Kohleausstieg in ihren Ländern einzuleiten und über ihre Entwicklungsprogramme keine Kohleprojekte in anderen Ländern mehr zu fördern.
Präsident Obama hat viel für die Belebung des Klimaschutzes in den USA getan und gezeigt, dass er ein starkes Weltklimaabkommen in Paris will", so Alden Meyer von der Union of Concerned Scientists (USA). "Er initiierte 2009 auch die 100-Milliarden-Dollar-Zusage für die Entwicklungsländer - nun muss er auch helfen, dass diese erfüllt wird." Celia Gautier von Réseau Action Climat France ergänzt: "Da Frankreich in diesem Jahr die Präsidentschaft der Weltklimakonferenz innehat, kommt es insbesondere auf Präsident Hollande an. Er sollte beim G7-Gipfel die Notwendigkeit einer Zukunft ohne fossile Energien ab 2050 unterstreichen." Aber auch in Frankreich gebe es klimapolitisch viel zu tun. Hollande müsse die staatlichen Energieunternehmen auffordern, noch vor dem Weltklimagipfel den Abzug ihrer Investitionen aus Kohle im Ausland zuzusagen.
Ein stabiles Klima ist auch zentrale Voraussetzung für die Abschaffung extremer Armut. Die reichsten Staaten müssen den Entwicklungsländern in dreifacher Hinsicht helfen: beim Zugang zu sauberer Energie, bei klimafreundlicher Entwicklung und bei der Anpassung an die Klimafolgen, die nicht mehr vermeidbar sind. Die 100 Milliarden Dollar pro Jahr ab 2020, die den Entwicklungsländern 2009 für Klimaschutz und Klimaanpassung versprochen wurden, sind noch lange nicht erreicht. Es braucht Klarheit, wie sie mobilisiert werden sollen. Bundeskanzlerin Merkel ist nun mit dem Versprechen vorangegangen, Deutschlands Hilfen für die Klimafinanzierung in Entwicklungsländern zu verdoppeln. Die anderen G7-Staaten sollten mit ähnlichen Schritten nachziehen. Liz Gallagher von der britischen Organisation E3G erläutert: "David Cameron hat sich der Armutsbekämpfung verpflichtet. Mit der G7 muss er sich für ein neues Entwicklungsmodell für das 21. Jahrhundert einsetzen, bei dem Entwicklung und Klimaschutz Hand in Hand gehen."
Dieser Appell wird von folgenden sieben Organisationen getragen: Union of Concerned Scientists (USA), Réseau Action Climat (Frankreich), E3G (Großbritannien), Kiko Network (Japan), Environmental Defence (Kanada), Legambiente (Italien) und Germanwatch (Deutschland).
Weitere Zitate aus allen sieben Organisationen finden Sie in der englischen Pressemitteilung unter: <https://germanwatch.org/de/10396>
Kontakt für Medien: Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch e.V.
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel. +49(0)228/60492-23, Fax -19
mobil: 0151/252 11 072
E-Mail: kueper@germanwatch.org
<http://www.germanwatch.org>

Pressekontakt

Germanwatch

53113 Bonn

kueper@germanwatch.org

Firmenkontakt

Germanwatch

53113 Bonn

kueper@germanwatch.org

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage